

# Kanzlei Brezelmann & Partner

Rechtsanwälte und Fachanwälte für Bank- und Kapitalmarktrecht

Kurfürstendamm 195, 10707 Berlin · Tel.: +49 30 889 23 400 · Fax: +49 30 889 23 401 · [kanzlei@brezelmann-partner.de](mailto:kanzlei@brezelmann-partner.de)

---

Kanzlei Brezelmann & Partner · Kurfürstendamm 195, 10707 Berlin

Sparkasse Berlin  
Abteilung Zahlungsverkehr/Schadensbearbeitung  
Alexanderplatz 2, 10178 Berlin

Ihr Zeichen: SB-2025/KR-44782

Unser Zeichen: 2025-B-0478

Sachbearbeiter: RA Dr. Marcus Brezelmann

Datum: 10. Juni 2025

**Betreff: Nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vom 28. Mai 2025; Girokonto IBAN DE89 1005 0000 0478 2395 42**

**hier: Aufforderung zur Erstattung gemäß § 675u BGB**

**In Sachen: Peter Mayer ./ Sparkasse Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit zeigen wir an, dass uns Herr Peter Mayer, wohnhaft Lietzenburger Straße 74, 10719 Berlin, mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen beauftragt hat. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Namens und in Vollmacht unseres Mandanten fordern wir Sie hiermit auf, den durch nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vom 28. Mai 2025 entstandenen Schaden in Höhe von

**12.295,00 € (in Worten: zwölftausendzweihundertfünfundneunzig Euro)**

zuzüglich Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 28. Mai 2025 (§§ 288 Abs. 1, 291 BGB) binnen

**14 Tagen ab Zugang dieses Schreibens**

auf das Konto unseres Mandanten, IBAN DE89 1005 0000 0478 2395 42, zu erstatten.

## I. Sachverhalt

Am 28. Mai 2025 gegen 11:15 Uhr erhielt unser Mandant einen Telefonanruf. Auf seinem Mobiltelefon wurde die offizielle Servicenummer Ihres Hauses (030-869869869) angezeigt. Der Anrufer stellte sich als Mitarbeiter des Sicherheitsteams der Sparkasse Berlin vor und behauptete, es seien verdächtige Abbuchungsversuche aus Rumänien festgestellt worden. Das Konto müsse dringend gesperrt werden.

Der Anrufer kannte den Namen unseres Mandanten sowie Teile seiner Kontodaten und erzeugte eine akute psychologische Drucksituation. Die in der pushTAN-App angezeigte Bezeichnung lautete „Freigabe für Sicherheitssperre“ – eine Formulierung, die exakt der Behauptung des Anrufers entsprach. Unser Mandant generierte daraufhin eine TAN und teilte diese dem Anrufer mit.

In der Folge wurden innerhalb weniger Minuten mehrere betrügerische Transaktionen durchgeführt, deren Gesamtschaden sich auf 12.295,00 € beläuft. Unser Mandant hat unverzüglich den Sperr-Notruf 116 116 kontaktiert und Strafanzeige beim LKA Berlin erstattet (Az.: LKA 24/250529/0847).

## II. Rechtliche Würdigung

### 1. Nicht autorisierte Zahlungsvorgänge (§ 675j BGB)

Die streitgegenständlichen Zahlungsvorgänge sind nicht autorisiert im Sinne des § 675j Abs. 1 S. 1 BGB. Unser Mandant hat zu keinem Zeitpunkt die Zustimmung zur Ausführung von Überweisungen oder zur Aktivierung von Apple Pay erteilt. Er wollte ausschließlich eine „Sicherheitssperre“ seines Kontos veranlassen. Ein Autorisierungswille lag nicht vor. Die TAN wurde vielmehr durch arglistige Täuschung erschlichen.

Ihr Haus ist daher gemäß § 675u Abs. 2 BGB verpflichtet, das Zahlungskonto unseres Mandanten in den Zustand zu versetzen, in dem es sich ohne die nicht autorisierten Zahlungsvorgänge befunden hätte.

### 2. Keine grobe Fahrlässigkeit (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB)

Der Einwand grober Fahrlässigkeit greift im vorliegenden Fall nicht durch:

**a) Hohe Täuschungsintensität durch Call-ID-Spoofing:** Die Täter verwendeten eine technisch anspruchsvolle Methode zur Manipulation der Rufnummernanzeige. Die Anzeige der offiziellen Sparkassen-Servicenummer auf dem Display unseres Mandanten begründete ein berechtigtes Vertrauen in die Identität des Anrufers. Das LG Köln hat in seinem Urteil vom 08.01.2024 (Az. 15 O 267/23) in einem vergleichbaren Fall die grobe Fahrlässigkeit verneint, da Call-ID-Spoofing für den durchschnittlichen Verbraucher nicht erkennbar ist.

**b) Irreführende Anzeige in der pushTAN-App:** Die primäre Anzeige „Freigabe für Sicherheitssperre“ korrespondierte exakt mit der vom Anrufer geschilderten Maßnahme. Diese Formulierung ist objektiv geeignet, den Nutzer in die Irre zu führen. Der Zusatz „und Transaktionsfreigabe – Mehrere Vorgänge“ war auf dem Mobilgerät leicht zu übersehen, insbesondere unter dem psychologischen Druck der Situation.

**c) Psychologische Drucksituation:** Der Anrufer erzeugte bewusst eine akute Stresssituation durch die Behauptung, es drohten unmittelbar weitere Schäden. Unter solchen Umständen ist die Schwelle zur groben Fahrlässigkeit erhöht (vgl. AG München, Urt. v. 05.12.2023 – 132 C 49/23).

**d) Kenntnis persönlicher Daten:** Der Anrufer verfügte über den Namen und Kontodaten unseres Mandanten. Dies verstärkte den Anschein der Legitimation erheblich.

### 3. Pflichtverletzungen Ihres Hauses

**a) Unzureichende Transaktionsüberwachung:** Zwei Überweisungen in Höhe von insgesamt 7.700,00 € an bisher unbekannte Empfänger, eine Apple-Pay-Aktivierung von einer Tor-Exit-Node-IP-Adresse sowie drei kontaktlose Zahlungen in München und Stuttgart – während der Kontoinhaber in Berlin ansässig ist – hätten im Transaktionsmonitoring Anomalien auslösen müssen. Eine Echtzeitintervention unterblieb.

**b) Irreführende App-Gestaltung:** Die Formulierung in der pushTAN-App ist geeignet, Nutzer über den wahren Charakter der freigegebenen Transaktion in die Irre zu führen. Nach Art. 97 Abs. 2 der Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, dem Nutzer eindeutige Transaktionsinformationen anzuzeigen. Eine Anzeige wie „Überweisung an Digital Services GmbH: 4.500,00 €“ wäre technisch möglich und rechtlich geschuldet gewesen.

### III. Fristsetzung und weitere Maßnahmen

Wir fordern Sie letztmalig auf, den Betrag von **12.295,00 €** nebst Zinsen binnen **14 Tagen** ab Zugang dieses Schreibens zu erstatten.

Sollte eine fristgerechte Zahlung nicht erfolgen, werden wir – ohne weitere Ankündigung – zunächst ein Schlichtungsverfahren beim Ombudsmann der deutschen Sparkassen (Kundenbeschwerdestelle beim DSGVO) einleiten und sodann gerichtliche Schritte ergreifen.

Die Kosten der anwaltlichen Inanspruchnahme in Höhe einer 1,3-Geschäftsgebühr gemäß Nr. 2300 VV RVG zuzüglich Auslagenpauschale und Umsatzsteuer werden wir Ihnen gesondert in Rechnung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

RA Dr. Marcus Brezelmann  
Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht

**Anlagen:**

- Vollmacht (Kopie)
- Strafanzeige LKA Berlin, Az.: LKA 24/250529/0847
- Screenshots Phishing-Vorfall
- Kontoauszüge